

# Saale-Beitung.

Verlagsdirektions Jahrgang.

Angaben  
Anzeigen  
Redaktion und Druck-Verlag  
Verlagsdirektion  
Verlag

## Stiefkinder des Glücks.

### Lokomotivführer und Heizer in der Beamten-Aufbesserung.

Von einem Lokomotivführer gingen uns folgende interessante, die Befoldungsverhältnisse des Lokomotivpersonals beleuchtende Zeilen zu:

Die Budgetkommission des Reichstages hat bekanntlich bei der Beratung der Befoldungsvorlagen nicht gerade Krauselei bewiesen; im Gegenteil, die Herren griffen ziemlich tief in den Beutel und beschloßen namentlich für die unteren und einen Teil der mittleren Beamten recht ansehnliche Erhöhungen gegen die Sätze der Vorlage; so daß eine jährliche Mehrausgabe von 26 Millionen das Schlüssergebnis bildet. Doch nicht allen Beamten strahlte die Günst der Kommission. Eine Kategorie hat man ausgenommen: Die Lokomotivführer und ihre Anwärter, die Heizer. Diese Beamten sind von jeher Stiefkinder des Glücks gewesen. Schon bei allen bisherigen Aufbesserungen hat man sie teils überzogen, teils mit einigen Brokraten abgepeilt. Zahlreiche andere Kategorien von Staats- und Reichsbeamten, die früher mit dem Lokomotivführer auf gleicher Stufe standen, oder selbst bedeutend unter ihm standen, lassen ihn heute weit hinter sich.

Von den vielen Beispielen seien zwei erwähnt: Die Heizer bezogen noch im Jahre 1896 500 Mark Höchstgehalt, weniger als der Lokomotivführer, von jetzt ab sollen sie im Anfangs- wie im Höchstgehalt 100 Mark über ihn stehen. Die Eisenbahnassistenten standen im Jahre 1888 um 150 Mk. im Höchstgehalt unter dem Lokomotivführer und nach der letzten Beschlußfassung der Budgetkommission bleiben die Beamten hinter den Assistenten um 1100 Mark zurück. Ähnliche Beispiele fehlen sich noch massenhaft anführen.

Rechtlich fragt man sich, welche Gesichtspunkte die Kommission bei ihren Beschüssen eigentlich geteilt haben mögen. War es das Bestreben, die Zahl der Gehaltsklassen noch weiter zu vermindern, so ist dagegen durchaus nichts einzuwenden; nur sollte man dabei nicht allzu sehr nach Schema F verfahren, sollte nicht dem einen Summen in der Höhe werfen, die seine höchsten Erwartungen übertreffen, während man dem andern durch Verlassen auch der berechtigten Wünsche bittere Enttäuschung bereitet.

Im Worten des Lobes und des Wohlwollens hat es ja besonders der Reichstag nicht fehlen lassen; schäde nur, daß sich diese Beamten dafür nichts kaufen können. Mit richtigen Gründen hat die Kommission die Nichtberücksichtigung der Lokomotivbeamten zu rechtfertigen versucht, so daß selbst ein Regierungsvertreter sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß der Reichstag, der so viele schöne Worte für die Lokomotivführer gesagt habe, im entscheidenden Augenblick seine Schützlinge im Stich lasse.

Was soll man dazu sagen, wenn Abgeordnete die geringe Aufbesserung der Lokomotivführer damit begründen, daß bei der Post eine Beamtenkategorie, die einen ähnlichen Dienst wie die Lokomotivführer zu verrichten habe, nicht vorhanden sei. Also, weil das Bild nicht in den Rahmen paßt, wirft man es einfach in die Ecke. Daß man auch den Rahmen zum Maße passend machen kann, daran scheinen die Herren nicht gedacht zu haben.

Man verkenne nicht, daß es sich hier nicht darum dreht, ob eine Beamtenkategorie 100 Mark mehr oder weniger bekommen soll. Weit Wichtigeres steht auf dem Spiele. Hier handelt es sich um eine Frage von eminentester nationaler Bedeutung. Das festige, planmäßige Zurückstreben der wirtschaftlichen Stellung dieser Beamten, die, wie ohne Weiteres behauptet werden kann, mit der Betriebsfähigkeit der Eisenbahnen aufs engste verbunden sind, und das damit naturgemäß verknüpfte Schwanden ihres gesellschaftlichen Ansehens, müssen zur Folge haben, daß tüchtige und intelligente junge Handwerker, aus denen sich tüchtige Lokomotivbeamten rekrutierten, diesem Beruf künftig fern bleiben werden. Diese Leute suchen sich dann andere Stellen, wo sie auf bequemerem Wege ein begehrenswertes Ziel erreichen, wo sie nicht nötig haben, im aufreibenden Dienst Leben und Gesundheit aufs Spiel zu setzen, die nicht der Gefahr auszuweichen, für ein geringes menschliches, aber folgenschweres Versehen Ehre und Freiheit einzubüßen.

Jedem Einsichtigen wird es einleuchten, daß derartige Verhältnisse eine fortschreitende Qualitätsverschlechterung des nachwachsenden zünftigen müssen; und darin eben liegt die große nationale Gefahr. Es liegt durchaus im höchsten Interesse nicht nur der Eisenbahnverwaltung, sondern auch des Vaterlandes, alle Maßnahmen zu vermeiden, die ein Zurückgehen der Qualität des Lokomotivpersonals herbeiführen könnten; es liegt im Interesse der Gesamtheit, durch gerechte Würdigung der Tätigkeit des Lokomotivpersonals Sorge zu tragen, daß jederzeit tüchtige, in jeder Beziehung einwandfreie Männer sich bereit finden lassen, Mittelmäßige Kräfte mag man anderswo verwenden, auf die Lokomotive gehören sie nicht.

Und noch auf einen anderen Punkt sei hingewiesen: In einem künftigen europäischen Kriege werden die Eisenbahnen eine hervorragende wichtige Rolle spielen und zu einem nicht geringen Teile werden sie in die Entscheidung eingreifen. Der Staat wird von vornherein im Vorteil sein, dem leistungsfähige Eisenbahnen und ein tüchtiges, durchaus fachkundiges, von Berufstüchtigkeit befreites Personal in den Stellen, wo es auf persönliche Tüchtigkeit ankommt, zur Verfügung stehen. Schon dieser Umstand allein hätte Veranlassung müssen, Lokomotivführer wie Heizer besser zu stellen. — d.

## Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser hörte gestern vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Ministers für Handel und Gewerbe Delbrück, des Ministers des Innern von Moltke und des Chefs des Zivilkabinetts Wirklichen Geheimen Rats von Valentini. Gestern nacht um 11 Uhr begab er sich zum Bahnhof Wildpark aus nach Kiel, wo er heute früh eintrifft, um den Übungen der Flotte beizuwohnen. Im Gefolge befinden sich: Hausmarschall Freiherr v. Lyncker, Gen.-Adj. Gen.-Oberst v. Pfeiffer, die Flügel-Adjutanten Apt. S. v. Hebeur-Paschwitz und Major v. Neumann-Cosel, Leibzögner Gen.-Adj. Dr. v. Uberg, General-Adjutant Vize-Admiral v. Müller und Admiral a. la suite v. Holtmann.

Aus Anlaß der Wiederkehr des Hochzeitstages des Kronprinzenpaars folgten der Kaiser und die Kaiserin einer Einladung zur Abendtafel im Warmbadpalais.

Dem Prinzen Rajimoto von Japan ist der Schwarze Adlerorden verliehen worden.

## Der Besuch des Zaren.

Wie dem „Tag“ aus Petersburg gemeldet wird, gedankt Kaiser Nikolaus den Besuch des Deutschen Kaisers bei Gelegenheit seiner großen Auslandsreise im Laufe dieses Sommers zu erwidern. Der Ort der Zusammenkunft ist noch nicht endgültig festgesetzt, doch scheint Kiel in Aussicht genommen zu sein, wo der Zar auf seiner Yacht „Standard“ und in Begleitung mehrerer Kriegsschiffe auf seiner Weltausfahrt nach Frankreich und England einen zweitägigen Aufenthalt nehmen will. — Bei der in den finnischen Schären Mitte dieses Monats stattfindenden Monarchenbegegnung wird der Zar vom Minister des Auswärtigen Jewolski begleitet sein, während über die Mitreise des Ministerpräsidenten Stolypin, dessen Gesundheitszustand angeht, der umfangreiche Parlamentsarbeiten immer noch einer gewissen Schonung bedarf, noch keine endgültige Bestimmung getroffen ist.

Die offiziöse Wiener „Polit. Korresp.“ läßt sich aus Berlin folgendes schreiben:

Man unternimmt es von England aus die amtliche deutsche Mitteilung, daß die kommende Monarchenbegegnung in den Schären auf eine Einladung des Kaisers von Russland an den Kaiser Wilhelm zurückzuführen sei, in das Gegenteil zu verkehren. Der „Standard“ dessen politische Unwissenheit in politischen Dingen aller Welt längst bekannt ist, macht sich zum Herold solcher Behauptungen und schließt daran selbstliche Behauptungen, die ungeführt auf der gleichen Höhe trüglichen Selbstbewußtsein stehen, wie die bekannten Sensationsberichte über den „fliegenden Holländer“, die in den letzten Wochen jenseits des Kanals soviel Eindruck gemacht haben. Es ist aber eine lehrreiche Tatsache, daß die englischen Organe dieses Schlages, ebenso wie ein gewisser Teil der französischen Presse und wie die panlawistischen Organe jene amtliche Berliner Feststellung mit größtem Unbehagen aufgenommen haben. Allerdings braucht sich darum niemand zu kümmern. Es ist überflüssig erweislich, daß Kaiser Nikolaus an den bewährten Überlieferungen der Vergangenheit festhält und die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zu den beiden europäischen Zentralmächten auch weiterhin zu pflegen bemüht ist.

Solange das geschieht, braucht man sich weder über den Zwiespalt, noch über die Entente mit England irgendwie aufzuregen. Auch für die russische Politik kommt es am Ende nur auf die Wirklichkeit an, und diese wird schließlich bei dem Meinungsaustausch zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Kaiser Nikolaus zu ihrem vollen Rechte gelangen. Willst du das gerade der Umstand, der den abgeleiteten Kritiker ein so großes Unbehagen einflößt. Ruhige Beobachter werden keinen Anlaß haben, von dieser Bewegung etwa überraschende neue Orientierungen zu erwarten, wenn auch ihre Bedeutung unter dem bei jeder angegebenen Gesichtspunkte durchaus nicht zu unterschätzen ist.

## Die Depesche des Grafen Zeppelin.

Der Kaiser hat jetzt angeordnet, daß über die Urheberhaftigkeit des Telegramms, das Graf Zeppelin am Pfingstsonntag angeblich aus Leipzig nach Berlin mit der Ankündigung seiner Ankunft gefandt haben soll, eine Untersuchung eröffnet wird. Graf Zeppelin stellt entschieden in Abrede, eine derartige Depesche aufzugeben zu haben, und ein derartiges Telegramm ist auch weder beim Luftschiffers-Bataillon noch beim Gardedepotierbataillon eingelaufen.

Major Groß kennzeichnete bereits am Pfingstmontag die Nachricht als „gemeinen Schwindel“.

Auch im kaiserlichen Hauptquartier ist keine Depesche des Grafen Zeppelin eingegangen, wie noch immer von interessierter Seite zu behaupten versucht wird. Das Hauptquartier erhielt vielmehr seine Information auf indirektem Wege. Das „Berliner Tageblatt“ wandte sich am Pfingstsonntag an den mit der Vertretung des in Wiesbaden zur Kur weilenden Polizeipräsidenten betrauten Geheimen Regierungsrat Friedheim und bat um die Erlaubnis zur Herstellung eines Extrakts, da auf der Redaktion aus Leipzig die Nachricht eingegangen sei, daß Graf Zeppelin seine bevorstehende Ankunft nach Berlin gemeldet habe. Auf Veranlassung Geheimrat Friedheims beschloß die Kommando der Schutzmacht der Kügeladjutanten vom Dienst, der seinerseits dem Kaiser Meldung von der angeblichen Ankündigung des Grafen Zeppelin machte. Diese Meldung veranlaßte dann die Fahrt des Kaisers nach dem Tempelhofer Feld.

Es wird abzuwarten sein, ob die jetzt auf Befehl des Kaisers eingeleitete Untersuchung zu praktischen Resultaten hinsichtlich der Urheberhaftigkeit an dem geheimnisvollen Telegramm gelangen wird.

Eine neuerliche Erklärung des jungen Grafen Zeppelin über erhalten von dem Neffen des Grafen Zeppelin mit der Bitte um Veröffentlichung aus Friedrichshagen folgende telegraphische Erklärung:

„Gegenüber den wiederholten Zeitungsberichten, wonach gelegentlich der letzten Fernfahrt des Zeppelins Luftschiffes nach der Zwischenlandung bei Schemmerberg eine Gasfüllung stattgefunden habe, erkläre ich, daß eine solche Nachfüllung nicht vorgenommen worden ist. Das Luftschiff war bereits wieder aufgeblasen und auf der Weiterfahrt begriffen, bevor die Materialhülle mit Gas und Betriebsmitteln eingetroffen waren. Graf Zeppelin junior.“

## Feriges über das Hausgesetz der Albertiner.

Bekanntlich ist nicht nur im sächsischen Volke, sondern auch weit über die Grenzen des Königreiches Sachsen hinaus der Glaube verbreitet, daß, wenn ein sächsischer Thronfolger resp. Prinz nach der Thronbesteigung des Vaters geboren wird, dann dieser evangelisch werden müsse. So bestimme es das Hausgesetz. Dem ist jedoch, wie „Chem. Wtg. Ztg.“ ausführt, nicht so. Sie schreibt: Die Kaiserin der 14 Paragrafen der sächsischen Verfassung vom Jahre 1831 befaßt sich mit der Konfession der Mitglieder des königlichen Hauses. Das Hausgesetz datiert vom 30. Dezember 1837. Es besteht aus 78 Paragrafen in neun Abschnitten. Am 20. August 1879 erschien ein Nachtrag, bestehend aus Änderungen und Ergänzungen des neunten Abschnittes in 14 Paragrafen. Dieser Nachtrag wurde lediglich durch die neue Verfassungsurkunde veranlaßt.

Weder die alten 74 Paragrafen noch die 14 neuen Paragrafen berühren die Konfession der Mitglieder des königlichen Hauses. Es gibt also keine gesetzliche Verpflichtung für das Königshaus, in irgend einem Falle zum evangelischen Glauben zurückzukehren. Auch in den Verfassungsmitteln ist keine Forderung zu entdecken, die die Einführung des französischen Gesetzes veranlaßt haben könnte. Hätte es aber aus früheren Zeiten eine derartige konfessionelle Klausel gegeben, so hätte man sicher bei Beratung der Verfassung und später des Hausgesetzes darauf Bezug genommen und erklärt, ob sie beibehalten werden sollte oder nicht. ... Im Hinblick auf den Umstand, daß dieses Gericht immer wieder zu unliebsamen Erörterungen Anlaß gibt, dürfte es im Interesse unseres Königshauses selbst liegen, bei gegebener Gelegenheit einmal durch eine amtliche Kundgebung des Hausministeriums mit dieser Frage endgültig aufzuklären, eine Veranlassung dazu würde sich im Landtag un schwer herbeiführen lassen.

## Für eine Erhöhung der Personenfahrpreise in der 3. Klasse

tritt — echt sozial und echt mittellandsfreundlich — die „Kreuzzeitung“ ein. Ihr haben natürlich die Neubekehrten der Junker im Herrenhause wider die „luxuriöse“ Ausstattung der 3. und 4. Klasse außerordentlich gefallen, und sie nicht nun ihr Scherlein zur Disposition darüber beizulegen, daß sie eine so große Aufhebung des 3. Klasse tarifes preises für die 3. Klasse von 3 auf 3/4 Wfg. daneben aber die Beibehaltung des Schnellzugtariflages von 1/2 Wfg. per Kilometer empfiehlt. Auch damit ist die gute „Kreuzzeitung“ sehr einverstanden, daß die Reisenden der 3. Klasse in der Preisbewegung schlechter behandelt werden. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens bemerkt, daß die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ einen anderen Vorschlag hat, um den Passagieren der dritten Klasse den Spielwagnen zu verzeihen. Sie empfiehlt nämlich, von dieser Kategorie von Passagieren ein Entree zu erheben! Man sieht, die Agrarier und Konfessionen entwickeln auf allen Gebieten eine kaumwiderstehliche Fähigkeit, wenn es gilt der „misere plebs“ Geld abzunehmen.

## Fürst Eulenburg im Sade.

Nach Neukirchen, die der Fürst Bekannten gegenüber jüngst in Gastein getan hat, beschäftigt er, den ganzen Sommer über in Gastein zu verweilen und dann mit Herbstbeginn noch eine kurze Reise zum Salsbergen anzutreten. Was es unter diesen Umständen mit

den durch die Presse gelangenen Mitteilungen über die bezogende neue Verhandlung gegen den Angeklagten auf sich hat, läßt sich aus dem Selbigen unschwer erkennen und man darf gespannt darauf sein, wie lange ... die Geduld der deutschen Zeitg noch herhalten wird.

**Polemik der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“.**

In der sozialdemokratischen „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ erschien einige Tage vor Beendigung des vor der Dortmunder Strafkammer geführten Radbod-Prozesses, in dem bekanntlich die Berufung des angeklagten Redakteurs dieses Blattes gegen das schöffengerichtliche Urteil auf seine Kosten verworfen wurde, ein Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

„Die von den Herren wegen unserer Artikel angelegten Prozesse lösen der Arbeiter-Zeitung Befaulende von Markt. Heiligste Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, vor allem der Bergarbeiter, ist es, zum Quartalswechsel durch Werbung neuer Abonnenten einermäßen wenigstens die gewaltigen Opfer aufzuwiegen zu helfen, die wir in diesem Prozeß zu bringen haben.“

Hierzu wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ geschrieben:

„Das sozialdemokratische Blatt richtet also direkt an die Arbeiterschaft die Aufforderung, die Kosten des Prozesses zu tragen, und gibt sich in diesem Aufsatz den Anschein, als habe es im Interesse der Arbeiter den Prozeß, an dessen Ausgang nach der Beweisaufnahme der vorhergegangenen schöffengerichtlichen Verhandlung kein Zweifel bestehen konnte, geführt. Die persönliche Angelegenheit des Redakteurs wird zu einer Parteifrage gemacht, und die Arbeiter sollen für die frivole Gefahr eines Eingestehens der Partei die Fesse bezahlen. Es zeigt sich hier einmal wieder die Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Presse, die es meißterhaft versteht, die Folgen ihrer verheerenden Tätigkeit auf die Arbeiterschaft abzumäßen. Der Aufsatz läßt aber andererseits erkennen, daß nur in sehr seltenen Fällen der eigentliche Zweck der gerichtlichen Verurteilung, den wirklich Schuldigen zu bestrafen, erreicht wird. Meistens kann der sozialdemokratische Redakteur ohne Gefahr für seine Person die schwersten Beleidigungen aussprechen, da, wie der Anwalt in der Verhandlung des Radbod-Prozesses vor dem Schöffengericht treffend ausführt, die sozialdemokratischen Zeitungen in der verantwortlichen Leitung der Blätter im Falle der Verurteilung einen Wechsel vorzunehmen pflegen. Der verantwortliche Redakteur verschwindet dann von seinem Posten, um einem Unbestraften Platz zu machen. Hierdurch wird erreicht, daß die Beleidigungen wegen der bisherigen Unbestraftheit des Angeklagten in der Regel nur mit einer Geldstrafe geahndet werden. Die Geldstrafen fallen aber für die sozialdemokratischen Zeitungen nicht so schwer ins Gewicht; namentlich hat der betreffende Redakteur nicht darunter zu leiden, da ja die Partei, also indirekt der Arbeiter, die Kosten zu tragen hat.“

**Der neue Erzbischof von München-Freising.**

Einer Nachricht aus München zufolge wurde der Domdekan Franz Bettinger in Speyer Erzbischof von München-Freising. Bettinger war seit 1895 Dompropst des Dompfarrs Speyer und erst vor kurzer Zeit zum Domdekan dortselbst ernannt worden. Er ist der Sohn eines Schmiedes aus Landshut in der Pfalz.

**Allgemeine Mitteilungen.**

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Handel und Verkehr und für Justizwesen hielten gestern eine Sitzung ab.

**Heer und Flotte.**

Die Meldung des Reichsanzeigers“ ging S. M. S. „Baterlan“ von Chungking nach Labangische. S. M. S. „Cormoran“ ist am 4. Juni in Malta eingetroffen. S. M. S. „Luchs“ ging nach Pantan.

**Husland.**

**Ein Notschrei aus Persien.**

Ein seltsame Nachricht kommt aus Paris. Danach haben sich zwei Führer der persischen Nationalisten telegraphisch an Pariser Blätter gewandt, um das Vorgehen Rußlands an den Pranger zu stellen:

Paris, 7. Juni. Sattar und Baghi Khan drachten aus Tebriz dem „Matin“ und der „Humanité“: „Die Russen sind in Persien eingedrungen und treten die Rechte unseres Vaterlandes mit Füßen. Sie mißhen sich trotz ihrer Zusagen in unsere inneren Angelegenheiten, verspotten unsere heiligen Rechte, für die wir unser Blut vergossen, und setzen in Schachran einen unerhörten Gouverneur ein. Im Namen unseres bedrückten, freiheldbürtigen Volkes und der Menschheit vermahnen wir uns und setzen, daß man uns nicht der hohen Gewalt ausliefern. Wird das gestiftete Europa ein gesottertes Volk, das sich erneuen will, ohne Hilfe lassen?“

**Rußland und Frankreich in der Türkei.**

Säbamtlich wird in Paris mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die gleichzeitige Veröffentlichung der Ernennung Bompards zum französischen und Tscharykows zum russischen Botschafters in Konstantinopel nicht zufällig erfolgt, sondern von beiden Regierungen verabredet wurde, wie denn auch der Wahl der Botschafter Vereinbarungen beider Kabinete vorausgingen. Bompard und Tscharykow sind angewiesen, im 8. Juni in Konstantinopel vorzugehen, was Comtans und Sinowiew nicht immer geben haben.

Dies und ähnliche Mitteilungen werden unweifelbar im Hinblick auf die Vermutungen gemacht, die an die Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren geknüpft werden.

**Zur kretischen Frage.**

Die kretische Angelegenheit wird nach Meldungen aus Saloniki bei den Jungtürken besonders in Mitterstreifen lebhaft erörtert. Um

allen Eventualitäten vorzubeugen, wird die Beendigung des Straßenbaues nach Blassona unter Aufsicht von Genieoffizieren beschleunigt; auch die Befestigungsarbeiten an der griechischen Grenze werden beschleunigt.

**Ein australischer Dreadnought.**

In welchem Umfange die Flottenbegeisterung nicht nur im englischen Mutterlande, sondern auch in den Kolonien lebt, geht aus der folgenden Meldung hervor:

Welsbourne, 7. Juni. Im Namen der Regierung des Commonwealth machte der neue Premierminister der Reichsregierung telegraphisch das Anerbieten, für die Reichsmarine einen neuen Dreadnought zu stiften oder einer solchen der eigenen Marine auszuführen, je nachdem die Reichsregierung es für gut befände.

**Hauptversammlung**

**des antikultramontanen Reichsverbandes.**

S. & H. Eisenach, 6. Juni 1909.

Unter dem Vorsitz des Admirals A. v. Knor trat heute hier der vom Grafen Hoensbroech ins Leben gerufene antikultramontane Reichsverband zu seiner viertägigen Hauptversammlung zusammen. Die Verhandlungen begannen mit einer öffentlichen Versammlung im Saale bei „Erholung“, in der Graf Hoensbroech über das Thema: „Ist das Zentrum eine nationale Partei?“ referierte.

Es scheint, so führte der Redner aus, als ob heute der Zeitpunkt gekommen ist, wo das Zentrum wieder zum ausschlaggebenden Faktor unserer deutschen Politik werde. Da es es angeht, daß die Partei zu befechten, die Frage zu prüfen, ob das Zentrum eine nationale Partei ist. Die Partei als solche ist nicht national. Welche Partei ist national? Nur die, die in ihren Entschlüssen sich einzig und allein leiten läßt von nationalen Interessen. Jede Partei, die diese Interessen nicht in den Vordergrund stellt, ist nicht national. Wenn in unserem Vaterlande eine Macht ist, die ihren Schwerpunkt jenseits der Alpen hat, in einer internationalen Macht, dann können wir mit Recht sagen: Du bist nicht national. Wir wollen nicht, daß in unserem Vaterlande eine andere Macht herrscht, als die deutsche; wir wollen Herrn sein in eigener Saufe (Braun). Das Papsttum ist ein weltlich-politischer Machtfaktor geworden und erhebt auch selbst diesen Anspruch.

„Zum Beweise dessen führt der Redner zuerst die drei letzten Päpste an: Pius IX. hat im Dezember 1864 seinen berühmten Sillabus erlassen, in dem er u. a. sagt: Die römische Kirche besitzt eine direkte oder indirekte Gewalt über die politische. Er hat diese Lehre auch praktisch gehandhabt, als er im März 1874 das österreichische Staatsrecht, im Februar 1875 die preussischen Maßregeln für null und nichtig erklärte. In demselben Sinne wie sein Vorgänger herrschte Leo XIII., der auch in einem Rundschreiben sagte, daß der Staat sich der Kirche zu unterwerfen habe. Den jetzigen Papst Pius X. habe man, als er den päpstlichen Stuhl bestieg, für einen nur religiösen Papst gehalten. Doch bereits in seinem Antrittsgespräch habe auch er sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Staat der Kirche unterworfen sei. Das Zentrum ist eine durch und durch konfessionell-katholische Partei, und darum ist es verpflichtet, den Geboten des Papsttums zu folgen. Das das Zentrum eine konfessionell-katholische Partei ist, geht schon aus seinem Entstehungsmomente aus der katholischen Partei am Ende der 60er Jahre hervor. Um weitere Beweise für den konfessionellen Charakter des Zentrums beizubringen, führte Graf Hoensbroech einige Äußerungen bekannter Zentrumsführer an: Abgeordneter Vorst sagte 1905 in Stragburg i. E. bei der großen Katholikenschau: „Das Zentrum ist die politische und parlamentarische Vertretung des katholischen Volkes geworden“. Abgeordneter Spahn sagte im Reichstag am 13. April 1904: „Der Katholik, der heute in Deutschland außerhalb des Zentrums steht, der schädigt die römische Kirche“. Abgeordneter Graf Hoppe ließ am 22. Mai 1906 in einem Takt sich aus: „Unser Wähler des katholischen Volkes sollen leben!“ Abgeordneter Koerner gestand am 21. Oktober 1906 in Trier, das Zentrum komme dem Volke deshalb zu Hilfe, weil sie Glaubensbrüder seien. In derselben Rede sagte er: „Es ist einerlei, ob man uns als konfessionelle oder nicht-konfessionelle Partei betrachtet. Ich weiß nicht, warum man sich bemüht zu beweisen, daß wir keine katholische Partei seien. Das sei, meint Hoensbroech, offenkundig. Wenn sich die Zentrumspresse bemühe, das Gegenteil zu beweisen, so sei das eine Schamlosigkeit; sie wolle damit nur die Welt bestrafen. Endlich führt der Redner noch eine Äußerung des verstorbenen Zentrumsführers Lieber an, der 1894 in Frankfurt a. M. erklärte, bei Beratung des deutsch-russischen Handelsvertrages habe das Zentrum mehr nach Judea und Rom als nach Berlin, dem Schloß und der Wilhelmstraße. Nach alledem zieht der Redner die Schlussfolgerung, daß eine Partei, die abhängig ist von einer fremden Macht, ein Fremdenkörper in unserem Volke sei. Das Zentrum ist gefährlicher als die Sozialdemokratie, es sei eine schwere Gefahr für die nationale und kulturelle Selbstständigkeit. (Leb. Zustimmung.)

Nachdem eine Verhandlung im Kaiserhof vorangegangen war, fand heute vormittag um 10 Uhr ab die Mitgliederversammlung statt, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte. Von bekannteren Persönlichkeiten bemerkte man noch die Grafen Matuschka und Hoensbroech und den Freiherrn v. Münchhausen.

Graf Hoensbroech referierte über:

**Die inoperabilität Lage und der Ultramontanismus.**  
Es waren im wesentlichen dieselben Gesichtspunkte, wie sie seines geistigen Vortrages, die der Redner in den Vordergrund seiner Betrachtungen stellte. Er behauptete, daß den Parteien sowohl wie der Regierung eine Kenntnis des Wesens des Ultramontanismus fehle. Die Sorge um die Parteistärke trübe den Parteistellungen den Blick für die außerhalb dieses Zirkels liegende Politik. Die Bestimmung habe nur zu einem taktischen Kampfe gegen das Zentrum geführt, um es parlamentarisch auszulichten. Wie ganz anders würde unsere inoperabilität Lage sein, wenn man die Bestimmung zur Aufführungsarbeit benutzt hätte. Aufführung sei das einzige und beste Mittel, den Ultramontanismus zu bekämpfen. Redner betonte immer wieder, daß man den Ultramontanismus streng trennen müsse von der katholischen Religion, die der Verband natürlich nicht bekämpfen wolle. Nach längerer Diskussion wurde folgende Kundgebung einstimmig beschlossen:

„Der dritte Vertreter des antikultramontanen Reichsverbandes erkläre die Wiederbelebung des Zentrums in der parlamentarischen Nachstellung eine schwere Schädigung des nationalen Gedankens, die um so verderblicher ist, als Finanzreform zu scheitern droht. Mit allem Nachdruck muß die werden, daß das Zentrum als Partei in allen Beziehungen internationalen Ultramontanismus, unabhöngig von der Bestimmung vieler Anhänger keine nationalen Ziele verfolgen und daß somit diese Partei nicht berufen sein kann, in nationalen Fragen den Ausschlag zu geben. Der 3. Vertreter erkläre, daß die Regierung und die Parteien, besonders die konservative Partei auf, an der Regierung, besonders wider das Zentrum festzuhalten. Diese Gesinnung ist schärflich in gewissem Sinne eine Frage des Säkularisierungs und politischen Größe und kulturellen Bedeutung des deutschen Reiches. Wenn die Wirklichkeit, an der unsere innere Entwicklung zweifeln kann, ist zurückzuführen auf die Macht des Zentrums, die auf geheimen Widerstand des Ultramontanismus gegen die Befestigung der Kräfte unseres Volkes und Staates. Das Zentrum weber das deutsche Reich, nach der preussische Staat befehlen können“, ist eine bleibende Wahrheit. Die Erkenntnis dieser Wahrheit muß durch Aufführungsarbeit Gemeint aller Volkstriebe werden. Nicht der katholischen Religion gilt der Kampf, sondern dem die Religion zu seinen weltlich-politischen antikatolischen Zwecken mißbrauchenden Ultramontanismus, den ein so erleuchteter und frommreligiöser Katholik wie der langjährige Führer der Badener Katholiken Reichshof Bismarck er bezeichnet hat als die Pestheule am Rande der katholischen Kirche, in gleicher Weise als Pestheule am Rande des modernen Staates und der modernen Kultur.“

Nach einer kurzen Pause wurde die Beratung interner Geschäftsangelegenheiten aufgenommen und sodann die Tagung in der üblichen Weise geschlossen.

**Halle und Umgebung.**

Salle a. S., 8. Juni.

**Stadtverordneten-Sitzung.**

Salle, 7. Juni.

Am Vorstandsitzung die Herren Justizrat Föhring, Oberlehrer Prof. Dr. Bangert.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Herr Vorsteher dem verstorbenen Stadtverordneten Herrn Schmidt einen ehrenden Nachruf. Der Schmerz um das Hinscheiden des verdienten Mitgliedes sei in der Versammlung allgemein. Schmidt war der Zugewandteste nach das städtische Kollegium, stets bestricht dem Allgemeinwohl zu dienen. Er war ein Sohn unserer Stadt,ehrte nach Lehr- und Wanderjahren hierher zurück und nahm regen Anteil an dem öffentlichen Leben. Wenn er auch nicht von überragender geistiger Größe war, und ihm auch glänzende Rednergabe verlag war, so war er doch ein uneigennützig, wahrheitsliebender und erster Mann, dem seine Vaterstadt nichts verankert. Manche Erfolge, z. B. der Sieg bei der Reichstagswahl, waren der Persönlichkeit Schmidts zu danken, der allgemeinen Vertrauen große Redner freiteite des Heimgegangenen Tätigkeit im Landtag und Provinziallandtag und betonte, daß Schmidt dem Kollegium 21 Jahre angehört habe. Mit dem Gefühle des aufrichtigen Dankes stehe die Versammlung an seiner Bahre. Das Kollegium erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen.

Der Herr Vorsteher gibt sodann Eingänge bekannt. Eine Petition des 4. kommunalen Verein wünscht eine Verkleinerung der Fortsetzung und eine Ueberbrückung der Bahngelände im Zuge der Halberstädterstraße. Die Eingabe geht an den Bauausschuß.

Herr Stv. Glimm läßt zur Provinzialkonferenz des Flottenvereins am nächsten Sonntag in Halle ein.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. Punkt 2 wird vorweg genommen. Er betrifft das abgeänderte Statut über die

**Schankkonfessionssteuer.**

Herr Stv. Blume empfiehlt, das neue Statut unverändert anzunehmen.

Herr Stv. Emmert führt aus, daß die Steuer in ihrem Betrag ein auf 160 000 Mark geschätzt, dann auf 90 000 Mark im Etat bemessen worden ist; gebracht habe sie 1 053 3600 Mark. Das seien 1 1/2 Prozent Steuerzuschlag, und darum solche Kladderet und solche Belastung eines einzelnen Standes. Man möge die Steuer zum nächsten April aufheben. Immer und immer wieder werde der Wirtstand belastet; er auch die jüngste Brauerei (50 Millionen Mark) habe. Die Belastung ausschließlich auf seine Kappe nehmen müssen. Die Belastung solle lieber den Wirtel auslassen, der auch in Halle noch blüht, stärker bekämpfen. Zugelagt ist mit der inneren Seite von der Polizei, aber es hat, daß die nötige Energie gefehlt. So mander Grünwarenfabrikant ist noch eine vielbedeutende Wirtschaft, wo die Besucher dem Alkoholgenuss ausgeliefert werden.

Herr Bürgermeister v. Holln hält die Steuer für gerecht, nachdem die Wirtel durch Einführung der Bedürfnisfrage ein Privilegium erhalten haben. Der Steuerertrag sei überhöht worden, weil man damals noch nicht die Bedürfnisfrage eingeführt hatte, die natürlich eine Verminderung der Beiträge brachte.

Herr Stv. Emmert tadelt, daß die Polizei nicht eher eine neue Konzeption herausgibt, ehe nicht die alte abgeheben sei.

Herr Bürgermeister v. Holln bestreitet das. Ein solches Verfahren wäre nicht im Sinne des Gesetzes.

Herr Stv. Emmert erklärt sich durch diese Auskunft zufriedengehend.

Herr Stv. Emmert hält es für ungerath, daß jemand, der gemäß der Gewerbeordnung innerhalb dreier Jahre seine Konzeption von neuem aufnimmt, nochmals Schankkonfessionssteuer zahlen soll, gleich als ob er zum erstenmal die Konzeption erlangte.

Herr Stv. Thiele und Herr Vorsteher Föhring äußern sich im gleichen Sinne.

Bei der Abstimmung wird dieser Passus in dem Modifikationstext mit 18 gegen 16 Stimmen abgelehnt, die ganze Steuer aber mit 23 gegen 13 Stimmen angenommen.

Die Ordnung hat jetzt folgende Fassung:

§ 1. Die Erlangung der Erlaubnis zum fäbigen Betriebe einer Gastwirtschaft, einer Schankwirtschaft, eines Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus unterliegt nach näherer Vorchrift der §§ 2 und 3 einer Steuer.



Der Regimentschef ehemaliger Kavallerie der Infanterie-Regimenter 26 und 66 zu Halle am Abend des Donnerstags, den 10. Juni, abends 9 Uhr, in der „Kronenstraße“, Kugelstraße 1, seine Monatsverrechnung ab. Ehemalige Regimentsangehörige, die dem Brevet noch fernstehen, sind willkommen.

## Provincial-Nachrichten.

### Der Raubmord auf dem Broden.

**Elbingen, 7. Juni.** Beide unter Verdacht verhaftete Personen, der Wädereggler Kampf aus Königsberg und der Arbeiter Otto Wagner aus Wadersleben, scheinen bei dem Verbrechen in keiner Weise beteiligt zu sein. Der Hauptverdacht liegt immer noch auf den aus Schierke verhafteten Arbeiter Engelhardt.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft zu Halberstadt gegen den Verdächtigen folgenden Steckbrief erlassen: „Gegen den unten beschriebenen Kämpfer Gustav Engelhardt, geboren am 24. Februar 1874 in Gotha, der sich verborgen hält, ist die Unterdrückung wegen Raubmordes verhängt. Es wird ersucht, ihn zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuführen, sowie zu den hiesigen Akten 5 J Nr. 92/09 sofort Mitteilung zu machen. — Beschreibung: Alter: 35 Jahre, Statur: mittelgroß, kräftig, Bart: kleiner blonder Schmirbart. Sprache: Sächsischer Mundart, Sprechart: schnell und abgerissen. Besondere Kennzeichen: Pfeift beim Gehen den Kopf vorwärts, größere Gegenstände in der Tasche zu tragen und deshalb die Arme beim Gehen meist vom Körper abgestreckt zu tragen.“

### 28 000 Zentner - Raub.

**Harb, 6. Juni.** Der größte Raub, der den Elbstrom befährt, passierte am Mittwochabend im Anhang hier die Elbe. Das Fahrzeug, das dem Schiffseigner Schulz in Aken gehört, hat eine Tragfähigkeit von mehr als 28 000 Ztrn.

### Er weiß Bescheid.

**Esper, 5. Juni.** Ein niedlicher Konflikt, der sich aber sehr bald in Wohlgefallen auflöste, spielte sich dieser Tage in einer hiesigen Kirche ab. Man trug eben einen Gängling herein, der begleitet von seinem Vater, einem biedereren Eszfurter, und den Gewerksleuten, die Tausche empfangen sollte.

Bei den vorbereitenden Arbeiten, die da gewöhnlich noch zu erleben sind, entstand plötzlich eine beträchtliche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vater des Täufelings einerseits und dem Pfarrer und dem Kirchenbenedicten andererseits. Dieser behauptete nämlich, das zu taufende Kind sei ein Mädchen, während der leibhaftige Vater mit überlegenem Vornehm zurückgab, daß sein Täufelung ein Junge sei.

Der Kirchenbenedicten verwies den Widersprechenden auf die Eintragung im Kirchenbuch, in dem doch die Anmeldung der Taufe eines Mädchens schriftlich niedergelegt sei. Aber auch das zog bei dem Vater nicht; er blieb bei seiner Behauptung und erklärte die Eintragung im Kirchenbuch für irrtümlich.

Nun spielte der Kirchenbenedicten seinen letzten Trumpf aus; er suchte dem Harnäckiger an der rosa Farbe der seidenen Bänder, die den Gängling zierten, klar zu machen, daß das Kind weiblichen Geschlechts sei; kleine Jungen trügen doch kein Menichsgedenschen blaue Bänder.

Darauf hielt der Vater auch seinerseits den Augenblick für gekommen, die tieferen Töne seiner Beweisführung herauszuholen.

Mit herablassender Geberde erklärte er dem Kirchenbenedicten: „Das Kind, was halt getauft wird, ist mei liebes Junge! Da kann' Se mit schone zutraun, daß ich weis, ob's 's Junge oder 's Mädchen ist!“

Nun stritten Pfarrer und Kirchenbenedicten die Waffen, und getauft wurde ein Junge.

**Großhörn, 5. Juni.** (Mittezug Großhörn.) Am Dienstag hat die Uebergabe des hiesigen, der Gewerkschaft gehörigen Hüttenwerkes an den neuen Pächter Deutmann Sögel stattgefunden. Frau Braune, die Witwe des früheren Pächters, ist nach Leipzig gezogen.

**Witten, 7. Juni.** (Kein Disziplinarverfahren.) Zu der am Sonnabend nach der „Leitz.“ Absetzung“ gebrachten Meldung, daß gegen den Stabrat und Weigerordneten Bod in Witten ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei, wird dem Blatte von zuständigen Stelle mitgeteilt, daß es sich in der Angelegenheit nicht um ein Disziplinarverfahren, sondern vielmehr um eine Beschwerde handelt, die der bisherige Pächter des Parkrestaurants Müller (dem vom Magistrat zum 1. Oktober gefündigt ist) gegen den Weigerordneten Bod bei dem Magistrat erhoben hat. Diese Beschwerde ist auf Antrag des Weigerordneten Bod der königlichen Regierung in Merseburg überreicht worden und eine Entscheidung darüber liegt noch aus.

**Altenburg, 7. Juni.** (Bluttat.) Vergangene Nacht gegen 1 Uhr drang der 27jährige Wädereggler J. Schab, ein Desterreicher, der beim Wädereggler Lehmann in der Torquatostraße wohnt, mit einem Beil in das Schlafzimmer des 15jährigen Sohnes des Weilers und versetzte dem Unglücklichen drei Verletzungen auf den Kopf. Glücklicherweise sind die Verletzungen des jungen Mannes nicht lebensgefährlich. Schab scheint im Kaufsücht gehandelt zu haben. Was den Gesellen zu der Bluttat bewog, ist unbekannt. Er selbst gibt keine Auskunft darüber.

**Torgau, 7. Juni.** (Schadenfeuer.) Im benachbarten Neiden brannte am vergangenen Sonnabend nachmittags das zweistöckige Wohnhaus des Gutsbesizers Lehmann vollständig nieder. Von der umfliegenden Esse des abgebrannten Wohnhauses wurde zwar noch das Dach eines Nachbargebäudes durchschlagend, jedoch konnte hier die Entstehung eines Brandes verhindert werden.

**Torgau, 5. Juni.** (Fahrensfähigkeit.) Sind seit vergangener Dienstag die Mustertiere Friebe und Rühn von der 1. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 72. Die beiden haben am Dienstag abend das Katernement verlassen und sind selbst im purlos verschwunden.

**Gerode, 7. Juni.** (Warenverkauf.) Die Stadtbauerei Gerode hat den Grundbesitz der früheren Breitenbrauerei Stadtschloß in Nidersleben mit allem Zubehör käuflich übernommen. Die Breitenbrauerei Stadtschloß selbst ist aufgelöst und in Liquidation getreten.

**Schwaburg, 12. u. 13. Juni.** (Der Schwarzwald.) Der Tag hat Ziel gesetzt hat, ein hübschliches Ge-

meinschaftsleben nach den Grundrissen christlicher Gütlichkeit zu pflegen, hielt vom 2. bis 4. Juni seine 12. Konvention hier ab. Sie war gut besucht, es fehlte keine der Kartell- und Freundschaftsverbände, und zwar waren vertreten: Utenutzia (Erlangen) mit 20, Germania (Göttingen) mit 17, Wilhelmiana (Strasburg) mit 3, Tuiskonia (Halle) mit 19, Nordalbingia (Leipzig) mit 13, Sabinia (Greifswald) mit 4, Maria (Tübingen) mit 7, Franconia (Munich) mit 12, Germania (München) mit 7, Sallugia (Berlin) mit 11, Bilingia (Kiel) mit 2, Rheno-Germania (Bonn) mit 9, Germania (Heidelberg) mit 7 und Bantalia (Freiburg i. L.) mit 1 Mitglied. Im ganzen waren mit Mitgliedern und Inaktiven gegen 200 S. Der Verarmte, so daß der Konvent am Donnerstag mit den vielen bunten Wägen ein farbenprächtiges Bild bot. Das Programm im Einzelnen lautete: Mittwoch, 9. u. t. Chorgartenkonzert; 2. u. t. Generalkonvent; 8. u. t. Begrüßungsfeier. Donnerstag, 9. u. t. Fortsetzung des Generalkonvents; 2. u. t. Feiern; 4. u. t. Umzug und 8. u. t. Kommer. Von wichtigen Beschlüssen sind zu erwähnen: die Gründung eines alle Pflichten umschließenden Pflichtenverbandes und die Schaffung einer allgemeinen Kasse zu Bundeszwecken, aus der besonders Neugründungen unterstützt werden sollen, wozu sich wahrscheinlich schon in nächster Zeit in Jena Gelegenheit bieten wird.

**Bernburg, 7. Juni.** (Gutsverkauf.) Das Gut der Witwe Selma Töpfer in Groß-Wittlich bei Köthen ist durch Kauf in den Besitz der Bankfirma Gumpel und Samson in Bernburg übergegangen.

**Apolda, 5. Juni.** (Der Konkurs der Firma Ewald & Co.) scheint sich zu einer Katastrophe auszuweiten. Die Forderungen dürften fast 1½ Millionen Mark betragen. Die Höhe der Prozedente, die den Gläubigern daraus ausgehört werden, konnte von dem Konkursverwalter in dem gestrigen Prüfungstermin noch nicht angegeben werden, weil bei einer Reihe von Forderungen die Entscheidung noch nicht getroffen ist, ob sie für den Konkurs der Firma oder für den Konkurs anzuerkennen sind, der über das Privatvermögen Ewalds verhängt worden ist.

**Kaisel, 5. Juni.** (Betteln.) Sechs Burken aus Heimbach überfielen auf dem Nachhauseweg ein junges Mädchen aus einem Nachbardorfe. Alle sechs vergemalteten es. Das Mädchen ist erkrankt. Vier der Missethäter konnten bereits verhaftet werden.

## Vermischtes.

### Eine nächtliche Gewitterfahrt im Freiballon.

Am Freitagabend unternahmen die Herren Goeren und F. Francelon von Bitterfeld aus unter Führung des Leutnants Francelon eine Ballon-Nachtfahrt, deren Verlauf im nachstehenden ausführlich geschildert wird:

Bei klarem Nordost-Wind ging die Fahrt zunächst über Bitterfeld in ungestörter Richtung auf Chemnitz zu. Mit dem hereinbrechen der Dunkelheit hörte man Donner, nahm aber keine Blitze wahr. Zunächst dachten die Fahrenden an einen Artillerie-Nachschuß, dann glaubte man, es rühre von einem Feuerwerk her, das in der kleinen Stadt Burgen auf dem Schützenplatz abgebrannt wurde.

Nachdem der Ballon in etwa 600 Meter Höhe über die Köpfe der dort jubelnden Volksmenge um 10 Uhr abends hinweggefahren war, sah man am Horizont Blitz auf Blitz folgen; ein Gewitter, bei dessen Näherkommen unbedingt hätte gelandet werden müssen. Die Hoffnung, daß das Unwetter, dem Ballon vorausgehend, die Weiterfahrt ermöglichen würde, erfüllte sich leider nicht. Bald prasselte dichter Regen auf die Ballonhülle herab; ein Gedrassel nach dem andern mußte gepeert werden. Blitz auf Blitz flackerte am Horizont auf, der ferne dumpfe Donner wurde immer heftiger. Dann nahen sich dunkle, schwere Wolken, und grelle Blitze knatterten in unmittelbarer Nähe des Luftschiffs.

Nun ließ es, so rasch wie möglich landen. Das Verhültnis wurde nicht gegeben werden, weil dadurch eine Entzündung des hiesigen einsetzenden Gewitterregens den in etwa 600 Meter Höhe hängenden Ballon herunter. Zunächst verlor das durchdringende Schleppland der Erdoberfläche.

In diesem Augenblick waren der ganze Korb, die waffen Taus, die Kleider der Mitfahrenden, selbst Teile der Ballonhülle überflutet mit ganz feinen, leuchtenden Nadeln, die über- und durchgehenden hüpfen und die Gestalt von kleinen Ängelchen hatten. Es war das St. Elmsfeuer, das zuweilen an hohen Schiffsmasten und im Gebirge beobachtet wird. Bald verwich diese Erscheinung wieder, der Ballonfortschritt ließ langsam auf ein Karioffeld herab; der Führer ließ nun das Gas durch Ziehen der Reißbahn entströmen. In dem mit dem Verdrängungsplan überdeckten Korbe warteten die um 12 Uhr nächtlich bei Chemnitz gelandeten Ballonfahrer das Ende des gerade über ihnen liegenden Gewitters ab, um beim Morgengrauen das Ballonmaterial zu bergen.

**Chetragdie auf offener Straße.** Ein blutiger Gewaltthat hat sich einem Telegramm zufolge in Hof ereignet. Der stellenlose Kaufmann Fleischer, der mit seiner Frau in ebendieser Gasse wohnte, lernte dieser, als sie die Porzellanfabrik Wöhlendorfer verließ, auf und feuerte vier Schüsse auf sie ab, durch die sie so schwer verletzt wurde, daß sie bald darauf im Krankenhaus starb. Fleischer richtete dann die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich schwer. Außerdem wurde ein junges unbeteiligtes Mädchen durch die Hand getroffen. Der Direktor der Porzellanfabrik Wöhlendorfer, Wacker, der den Vorfall mit ansah, erlitt aus Erregung einen tödlichen Gehirnschlag.

**Hauserel zwischen zwei italienischen Offizieren.** Ein ärgerlicher Vorfall ereignete sich auf offener Straße in Piacenza (Prov. Emilia). Zwei Offiziere, Hauptmann und Leutnant, begannen in einem Garten in Wortwechsel. In dessen Verlauf der Hauptmann dem Leutnant einen Bannschuß verfeuerte, der diesen zur Erde stürzte, zog der Hauptmann den Schuß ab; dasselbe tat der Leutnant. Beide injizierten nun einen Zwickelfuß, bis die Wunde sie trennte. Die Ursache des Streits, der ungeheures Aufsehen erregt, scheint intimer Natur zu sein.

**Gattenmörder.** Der 25jährige Sohn des Kreisobermarschalls Stadomski erschlug in Cherson (Kaukasus) seine im Wochenbett liegende 25jährige Frau nach einem Streit. Die Ermordete hinterließ drei kleine Kinder; der verbrochene Täter wurde sofort verhaftet. Der junge Stadomski hat bereits ein größeres Gündenregister: Er erschlug unlängst

einen Arbeiter und verwundete im Jähzorn mehrere Personen durch Schüsse. Alle Vergehe wurden bisher durch seinen einflussreichen Vater verjagt.

## Letzte Nachrichten.

### Zur Reichs-Finanzreform.

Ein Vorschlag zur „Güte“ der „Germania“.

**Berlin, 7. Juni.** Wegen einer Verhinderung in der Frage der Reichsfinanzreform schreibt die „Germania“: „Die scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche sich in der Frage der Reichsfinanzreform einer Einigung zwischen der Rechten und Linken entgegenstellten, wären leicht zu beseitigen, wenn sich beide Parteien, wären Entgegenkommen zeigten. Die Beschlässe der Finanzkommission gehen über den von der Regierung angeforderten Steuerbedarf hinaus; es könnte also ohne Schaden etwas nachgelassen werden. Von Seiten der Rechten könnte auf die Währungsmaßnahme und den Kohlenausfuhrzoll verzichtet werden, ohne die Deckung des vollen Bedarfs in Frage zu stellen. Nur müßte die Anteile unter Verzicht auf die Erbschaftsteuer die Kotierungsvorlage annehmen.“

(Es ist bezeichnend für die Taktik des Zentrums-Organs, daß es mit einem Vorschlag kommt, der — wie es selber sehr wohl weiß — von Liberaler Seite nur mit einem glatten „unannehmbar“ beantwortet werden kann. D. Red.)

**Berlin, 7. Juni.** Die „Germania“ trifft der Behauptung entgegen, daß die bayerische Regierung den Worten des Prinzen Ludwig von Bayern über die Finanzreform fern gestanden habe; gerade das Gegenteil sei der Fall.

### Verkauf eines königlichen Schlosses.

**Hirschberg, 7. Juni.** Das Schloß Erdmannsdorf wurde für 1 Million 300 000 Mark an Umstalt Richter in Schönbau bei Neumarkt in Schlesien verkauft.

### Scharmützel an der türkisch-bulgarischen Grenze.

**Saloniki, 7. Juni.** In der Nähe der Hochhäuser von Setra hat zwischen türkischen und bulgarischen Truppen ein 15minütiges Feuergefecht stattgefunden. Die Verluste sind noch unbekannt. Eine Offizierskommission ist zur Untersuchung nach dem Tator abgerückt.

### Türkische Seeräuber.

**Saloniki, 7. Juni.** Seeräuber plünderten die Samatraki zwei kleine Segelschiffe. Die Bemannung, die aus Griechen bestand, wurde ermordet.

### Der Kaiser und die Hamburger Rennen.

**Hamburg, 7. Juni.** Der Kaiser wird, wie dem Hamburger Kommissar offiziell mitgeteilt wurde, wenn die Reifebedingungen es irgendwie gestatten, dem Rennen um den großen Hamburger Preis und den Kaiserin Augusta Victoria-Preis in Horn am 20. Juni beiwohnen. Für den Fall aber, daß die Reifebedingungen es nicht erlauben, wird der Kronprinz den Kaiser vertreten. — Die Kaiserin trifft bestimmt ein.

### Lobesfeier von einem Baum.

**München, 7. Juni.** Auf einem Ausflug des hiesigen Alpenvereins ins Tegernitztal veranlaßte Baummeister Beck infolge Wärsens beim Erklettern eines Baumes und war sofort tot.

### Stiftung eines Kaiserpreises.

**Frankfurt a. M., 7. Juni.** Kaiser Wilhelm stellte der „Fla“ (Internationale Luftschiffahrts-Ausstellung) einen Kaiserpreis zur Verfügung.

### Abföhrungs-Transport.

**Bremerhaven, 7. Juni.** Mit dem Monddampfer „Ziethen“ kehrte heute die abgeföhrte Mannschaft des Kreuzers „Konrad“ aus Australiens heim.

### Von seinen Kindern getötet.

**Beuthen, 7. Juni.** Ein Grubenunfall aus Hohenberg wurde von seinen eigenen Kindern zu Tode mishandelt. Die Leiche wurde während der Beerdigung von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

### Die ungarische Krisis.

**Wien, 7. Juni.** Der ungarische Minister des Innern Graf Andrássy und Handelsminister Kossuth sind heute in Wien eingetroffen und werden morgen vom Kaiser empfangen. Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, wird der Kaiser den Antrag Kossuths, aus den Reihen der Unabhängigkeitspartei ein Ministerium zu bilden, nicht bewilligen.

### Serbische Spione in der Türkei.

**Konstantinopel, 7. Juni.** Der serbische Offizier Miloscevic mit drei Begleitern, welche den Sanchof Novibac bereiten, wurden wegen Spionage verhaftet.

### Unterhaltungsblatt.

Frauenlose. Roman von Sebba von Schmid. (Fortf.) — Eine Fahrt auf der Vorstadt-Bahn. Von Peter Rieger. — Wunte Zeitung. — Literatur. — Sprüche des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.

### Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Bismann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Rag; für den Inseratenteil: Friedrich Endruslat; Druck und Verlag von Otto Hendel; sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.



